

# GEMEINDE BRUNNEN FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

## 12. ÄNDERUNG „SONDERGEBIET PHOTOVOLTAIK BREITENAU“

### BEGRÜNDUNG MIT UMWELTBERICHT



#### ENDFASSUNG VOM 06.02.2019

##### Planungsträger:

Gemeinde Brunnen  
Verwaltungsgemeinschaft Schrobenhausen  
Herzoganger 1  
86529 Schrobenhausen  
Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

Brunnen, den .....

(Siegel)

.....  
Th. Wagner, 1. Bürgermeister

##### Bearbeitung:

Änderung Flächennutzungsplan, Umweltbericht  
Planungsbüro Karl Ecker  
Dipl. Ing. Landschaftsarchitekt  
Lenbachplatz 16  
86529 Schrobenhausen  
Tel.: 08252/81629, Fax: 08252/4362  
E-mail: [buero@ecker-la.de](mailto:buero@ecker-la.de)

Schrobenhausen, den .....

.....  
Karl Ecker, Landschaftsarchitekt

## INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung .....	2
A Anlass der Änderung .....	2
B Änderungsbereich .....	2
1 Abgrenzung .....	2
2 Lage und bisherige Nutzung .....	3
3 Verkehrsanbindung .....	4
4 Planungsrechtliche Situation .....	4
C Ziel der Änderung .....	5
D Vereinbarkeit mit Zielen der übergeordneten Planung .....	6
1 Ziele der übergeordneten Planung .....	6
2 Vereinbarkeit mit Zielen der übergeordneten Planung .....	8
E Inhalt der Änderung und Flächenbilanz .....	9
F Grünordnung, Ausgleich und Umweltprüfung .....	10
G Sonstiges .....	11
H Umweltbericht .....	

## **Vorbemerkung**

Die Gemeinde Brunnen verfügt über einen mit Bescheid des Landratsamtes Neuburg-Schrobenhausen vom 26.04.2000 (Az. 25-610-2/2) genehmigten Flächennutzungsplan, der mit seiner Bekanntmachung rechtswirksam und seither mehrmals geändert wurde. Die im Änderungsbereich angestrebte Nutzung stimmt nicht mit den Darstellungen in der bisher rechtswirksamen Planfassung überein. Daher wird die vorliegende 12. Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich.

Der Gemeinderat der Gemeinde Brunnen hat in der Sitzung vom 02.07.2018 beschlossen, auf einem rund 4 ha großen Flurstück zwischen Niederarnbach, Mühlbach, Kreisstraße ND 22 und Bahngraben die Entwicklung von Freiflächenphotovoltaikanlagen zu befürworten. Mit der vorliegenden Änderung des Flächennutzungsplans und der im Parallelverfahren durchgeführten Aufstellung eines Bebauungsplans sollen die rechtlichen Voraussetzungen für die angestrebte Nutzung der Photovoltaik geschaffen werden. Mit der Erstellung der 12. Änderung des Flächennutzungsplans sowie des Bebauungsplans wurde das Planungsbüro Ecker aus Schrobenhausen beauftragt.

## **A Anlass der Änderung**

Die Bürgerenergiegenossenschaft (BEG) Neuburg-Schrobenhausen-Aichach-Eichstätt eG plant, einen ca. 2 ha großen Teil des Flurstücks Fl.Nr. 2280, Gmkg. Niederarnbach, zur Aufstellung von Freiflächenphotovoltaikanlagen im Sinne einer bürgernahen, regionalen und klimafreundlichen Energieversorgung zu nutzen.

Die Gemeinde Brunnen sieht im Ausbau der Photovoltaik einen wichtigen Beitrag zur Förderung eines nachhaltigen Energiemixes, mit dem die Energiewende erreicht werden soll. Da hinsichtlich der nutzbaren Sonneneinstrahlung das Gemeindegebiet Brunnen grundsätzlich für die Nutzung der Solarenergie geeignet ist, dies belegen nicht zuletzt die Erträge der im Gemeindegebiet bereits installierten Photovoltaikanlagen, will die Gemeinde Brunnen weiterhin deren Ausbau unterstützen. Die vorliegende Bauleitplanung dient dazu, möglichen städtebaulichen Fehlentwicklungen vorzubeugen und insbesondere Beeinträchtigungen von Orts- und Landschaftsbild zu minimieren.

Die im Geltungsbereich der Änderung angestrebte Nutzung weicht von den Darstellungen im rechtswirksamen Flächennutzungsplan (hier: Fläche für die Landwirtschaft) ab. Die vorliegende 12. Änderung des Flächennutzungsplans hat den Zweck, für den Änderungsbereich die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die angestrebte Nutzung zu schaffen.

## **B Änderungsbereich**

### **1 Abgrenzung**

Der Geltungsbereich der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst eine Grundfläche von 4,06 ha. Der Änderungsbereich umfasst in der Gemarkung Niederarnbach, Gde. Brunnen, das Flurstück Fl.Nr. 2280. Der Geltungsbereich ist in der Plankarte dargestellt.



Abb. 1: Lage im Luftbild (Geobasisdaten: Bayerische Vermessungsverwaltung)

## 2 Lage und bisherige Nutzung

Der Änderungsbereich liegt an der Bahnlinie Ingolstadt – Augsburg/Hochzoll südwestlich Niederarnbach, etwa mittig zwischen der Ortschaft und der südwestlich gelegenen Kreisstraße ND 22. Durch den gehölzgesäumten Bahndamm im Norden und den ebenfalls gehölzgesäumten Mühlbach im Süden wird ein im Schnitt 165 m breiter Streifen abgetrennt, der von außen nur eingeschränkt zugänglich und einsehbar ist.

Das Gelände fällt leicht von ca. 383 m NN am Südrand auf ca. 382,6 m NN am Nordwest- bzw. 381,7 m NN am Nordostrand ab.

Die überplanten Flächen werden bisher überwiegend als Acker (zuletzt Mais) intensiv genutzt. Lediglich am Süd- und Nordrand wird ein jeweils ca. 13 m, am Westrand ein ca. 5 m breiter Streifen derzeit nicht genutzt. Diese ungenutzten Bereiche werden von nährstoffliebenden Hochstauden (v.a. Brennnessel) bestimmt, im nördlichen Streifen sind einige Arten der Uferhochstauden (Blutweiderich, Mädesüß) vom angrenzenden Bahngraben in die Fläche eingewandert.

Der Westrand des Planungsgebiets wird von einer lockeren Baumreihe (aus Eschen, Weiden und Traubenkirschen unterschiedlichen Alters) markiert. Im Westen grenzt auf Fl.Nr. 229 intensiv genutztes Grünland an.

Im Süden grenzt der Geltungsbereich an den Mühlbach (Fl.Nr. 2239/2), der am Südostufer von einem durchgängigen, von Eschen und Erlen bestimmten Bestand gesäumt wird.

Im Osten grenzt auf Fl.Nr. 2281 ein Grünweg an den Geltungsbereich, östlich davon befinden sich weitere Felder (derzeit Mais und Kartoffel).

Am Nordrand des Geltungsbereichs verläuft am Fuße des anschließenden Bahndamms der Bahnlinie Augsburg/Hochzoll – Ingolstadt (Fl.Nr. 2335/8) der sog. Bahngraben (Fl.Nr. 2282).

### 3 Verkehrsanbindung

Die verkehrliche Anbindung des Plangebietes erfolgt von der südlich gelegenen Brunnener Straße aus über einen befestigten Stichweg (auf Fl.Nrn. 2278/6 und 2281).

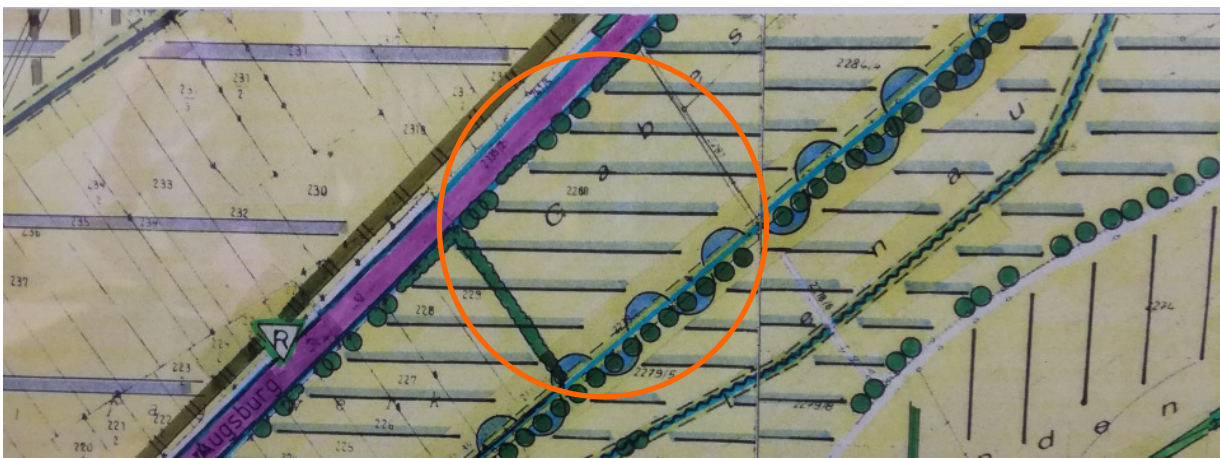


Abb. 2: Ausschnitt aus rechtswirksamem Flächennutzungsplan (Papierfassung)

### 4 Planungsrechtliche Situation

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Brunnen stellt die von der Änderung betroffenen Flächen als Flächen für die Landwirtschaft dar, wie aus der Plankarte zu ersehen ist. In der Papieraufbereitung des rechtswirksamen Flächennutzungsplans (vgl. Abb. 2) sind zudem noch folgende Darstellungen aus dem Landschaftsplan integriert: Durch entsprechende Signatur wird auf den Gehölzbestand am Westrand des Änderungsbereichs sowie am Fuß des Bahndammes und am Südufer des Mühlbachs hingewiesen. Für den Mühlbach ist als Zielsetzung die Minimierung von Stoffeinträgen durch Förderung von extensiv bewirtschafteten Pufferstreifen (z.B. abschnittsweise Turnusmahd) dargestellt (Zielbreite hier: 10 - 15 m). Für die Änderungsfläche selbst wurden aus dem Landschaftsplan folgende Maßnahmen als Ziel übernommen: Erhaltung und Schaffung von Retentionsbereichen durch Freihaltung von Bebauung, Umwandlung von Acker und intensiv genutztem Grünland zu extensiv genutztem Grünland / Sukzessionsflächen.

## C Ziel der Änderung

Der Deutsche Bundestag hat am 25. Februar 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verabschiedet, im Januar 2004 und zuletzt im Juni 2018 geändert.

Ziel des Gesetzes ist es, im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen und den Beitrag erneuerbarer Energien an der Stromversorgung deutlich zu erhöhen, um entsprechend den Zielen der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland den Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch von 36,2 % im Jahr 2017 auf mind. 80 % im Jahre 2050 zu steigern. Die zugleich von der Politik angestrebten Ziele hinsichtlich der E-Mobilität, welche mit einem spürbaren Anstieg des Stromverbrauchs verbunden wären, und der ins Stocken geratene Ausbau der Windenergie sowie der Leitungstrassen rücken die Photovoltaik wieder in den Vordergrund bei den Bemühungen um einen sicheren und klimafreundlichen Energiemix, gerade wenn es um die Versorgung weniger windhöffiger Regionen geht.

Gemäß Art. 83 der Bayerischen Verfassung gehört die Versorgung der Bürger mit elektrischer Kraft ausdrücklich zum Wirkungskreis der Gemeinden. Angesichts der Endlichkeit fossiler Energieträger und der Gefahren des Klimawandels sieht die Gemeinde Brunnen es im Rahmen einer nachhaltigen Daseinsfürsorge als ihre dringende Pflicht an, die Nutzung erneuerbarer Energien in ihrem Gemeindegebiet nach ihren Möglichkeiten zu fördern. Mit der Förderung dezentraler Standorte der Energieerzeugung können Transportverluste innerhalb des Stromnetzes minimiert werden.

Die Gemeinde Brunnen war bereits vor der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende um den Ausbau der erneuerbaren Energien bemüht. So wurde in der Vergangenheit der Bau mehrerer Freiflächenphotovoltaik-Anlagen im Gemeindegebiet unterstützt. Angesichts der Nähe zu den Flugplätzen Neuburg-Zell und Manching ist bei der Planung von Windkraftanlagen im Gemeindegebiet nach derzeitigem Kenntnisstand mit deutlichen Einschränkungen zu rechnen. Da geeignete Potenziale zum Ausbau von Wasserkraft im Gemeindegebiet nicht gegeben sind und die verstärkte Nutzung von Biomasse zur Energieproduktion durchaus auch mit Nachteilen verbunden ist, will die Gemeinde Brunnen weiter die Nutzung der Solarenergie fördern. Da auch die Möglichkeit zur Nutzung bestehender Dachflächen begrenzt ist bzw. nicht an jeder Stelle mit einem geordneten Ortsbild verträglich ist, soll mit der vorliegenden Bauleitplanung die Nutzung von weiteren Freiflächen für die Photovoltaik gefördert werden. Durch die Änderung des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) wurden die Rahmenbedingungen für die Förderung und damit die Möglichkeiten zur Realisierung von Freiflächenphotovoltaikanlagen mittlerweile stark begrenzt. Die Gemeinde Brunnen gehört zu den sog. benachteiligten Gebieten. Demnach ist derzeit für Anlagen in einer Größenordnung zwischen 750 kWp bis 10 MWp die Teilnahme an EEG-Ausschreibungen möglich. Unabhängig davon ist in einem 110 m breiten Korridor entlang von Autobahnen und Schienenwegen bei direkter Vermarktung des Stromes eine Förderung von Anlagen in der Größenordnung zwischen 100 bis 750 kWp auch ohne Teilnahme an Ausschreibungen möglich. Dieser rund 2 ha große Teil des Geltungsbereichs soll dementsprechend als Sondergebiet dargestellt werden.

Der vorliegende Standort eignet sich jedoch nicht nur wegen mit Blick auf die o.g. Förderrichtlinien für eine Photovoltaik-Nutzung, sondern aufgrund der besonderen landschaftlichen Gegebenheiten. Zum einen ist aufgrund Bahndamm und bestehender Gehölzkulisse eine Fernwirkung der baulichen Anlagen ausgeschlossen, zum anderen lassen sich



begleitend mit der Photovoltaiknutzung wichtige landschaftsplanerische Ziele am Standort umsetzen.

Durch die Wahl des geeigneten Standortes und durch die Vorgaben für eine landschaftsgerechte Grünordnung wird dafür gesorgt, dass die Planung den Zielen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung entspricht.

Die geplanten Bauflächen werden als sonst. Sondergebiet (gemäß § 11 BauNVO) mit Zweckbestimmung Photovoltaik dargestellt. Details zu Art und Maß der baulichen Nutzung sind in der verbindlichen Bauleitplanung detailliert zu regeln. Neben den Bauflächen werden im Zuge der Änderung auch Grünflächen (gem. § 5 Abs. 2, Nr. 5 BauGB) dargestellt. Damit werden die Rahmenbedingungen für eine hinreichende Einbindung der baulichen Anlagen in die Landschaft und für die Kompensation von Eingriffen sichergestellt, soweit dies jeweils notwendig ist. Näheres hierzu wird im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans geregelt, der im Parallelverfahren aufgestellt wird. Für einen rund 1,3 ha großen Teilbereich zwischen Sondergebiet und Grünfläche am Mühlbach verbeibt die

## **D Vereinbarkeit mit Zielen der übergeordneten Planung**

### **1 Ziele der übergeordneten Planung**

#### **Landesentwicklungsprogramm Bayern**

Die Gemeinde Brunnen liegt im ländlichen Raum zwischen den Verdichtungsräumen Ingolstadt im Nordosten und Augsburg im Südwesten.

#### 1.3 Klimawandel

##### 1.3.1 Klimaschutz

- (G) Den Anforderungen des Klimaschutzes soll Rechnung getragen werden, insbesondere durch
- die Reduzierung des Energieverbrauchs mittels einer integrierten Siedlungs- und
  - Verkehrsentwicklung,
  - die verstärkte Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien sowie
  - den Erhalt und die Schaffung natürlicher Speichermöglichkeiten für Kohlendioxid und andere Treibhausgase.

Zum Thema Erneuerbare Energien / Freiflächen-Photovoltaik formuliert das LEP folgende Grundsätze:

#### 6.1 Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur

- [G] Die Energieversorgung soll durch den Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur weiterhin sichergestellt werden. Hierzu gehören insbesondere
- Anlagen der Energieerzeugung und -umwandlung,
  - Energienetze sowie
  - Energiespeicher.

#### 6.2.1 Erneuerbare Energien

- [Z] Erneuerbare Energien sind verstärkt zu erschließen und zu nutzen.

#### 6.2.3 Photovoltaik

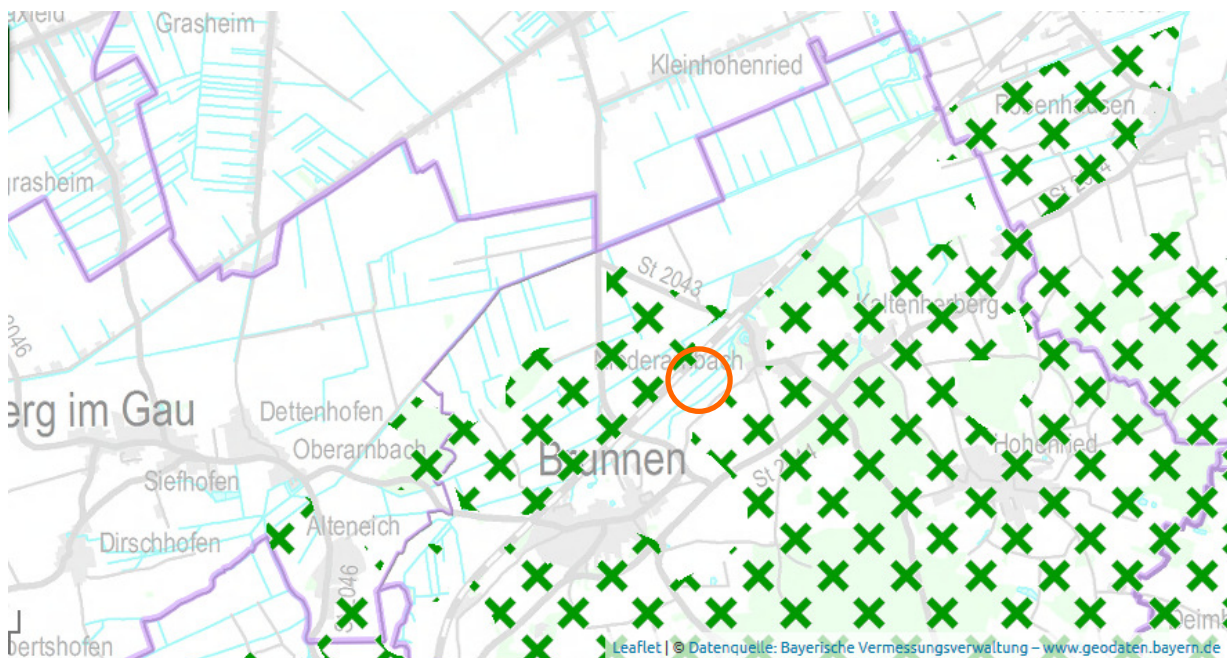
- [G] Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden. In der Begründung wird folgendes ausgeführt:

*„Freiflächen-Photovoltaikanlagen können das Landschafts- und Siedlungsbild erheblich beeinträchtigen. Dies trifft besonders auf bisher ungestörte Landschaftsteile zu (vgl. 7.1.3). Deshalb sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf vorbelastete Standorte gelenkt werden. Hierzu zählen z.B. Standorte entlang von Infrastruktureinrichtungen (Verkehrswege, Energieleitungen etc.) oder Konversionsstandorte.“*

Weiterhin stellt das LEP fest, dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen keine Siedlungsflächen im Sinne des Ziels „Vermeidung von Zersiedlung“ sind. Damit verliert das sogenannte Anbin-  
dungsgebot seine bisherige Bedeutung für Entwicklung von Freiflächenphotovoltaikanlagen.

### Regionalplan Region 10 (Ingolstadt)

Brunnen gehört zum Mittelbereich des Mittelzentrums Schrobenhausen. Nächst gelegenes Kleinzentrum ist der rund 5 km nördlich gelegene Ort Karlshuld. Der Änderungsbereich liegt außerhalb von landschaftlichen Vorbehaltsgebieten oder regionalen Grünzügen.



Die Pflege- und Entwicklungsziele der benachbarten landschaftlichen Vorbehaltsgebiete (Wiesenbrüterflächen im Donaumoos im Nordwesten bzw. Hügelland im Südosten) werden aufgrund der bestehenden räumlich-funktionalen Trennung (Bahndamm, Gehölbestand, Topographie und Naturraumgrenzen) von der Planung nicht eingeschränkt.

### Entwicklungskonzept Donaumoos

Nach dem Donaumoosentwicklungskonzept sind die überplanten Bereiche für eine niedermoor-schonende landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen. Ackerflächen werden „akzeptiert“, ein größtmöglicher Grünflächenanteil ist aber anzustreben.

Dieser Funktionsraum ist als Kompromiss zwischen Landwirtschaft und Torfkörperschutz zu ver-  
stehen, der bei siedlungsnahen Bereichen vorgesehen ist, die eine vergleichsweise geringe Moormächtigkeit und geringe Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz aufweisen.

Zudem liegt das Planungsgebiet in einem Bereich, für den das Entwicklungskonzept die Entwicklung einer Rückhaltefläche für ein 20jähriges Hochwasserereignis vorgeschlagen hat.



In der Vergangenheit ist die Realisierung der im Entwicklungskonzept vorgeschlagenen Retentionsflächen nur vergleichsweise schleppend vorangekommen. Eine Überprüfung der Flächenkulisse auf verbesserter Daten- und Berechnungsgrundlage wurde mittlerweile eingeleitet. Mit dem Vorliegen belastbarer Daten ist frühestens in 1,5 bis 2 Jahren zu rechnen. Mit Blick auf eine möglichst effiziente Nutzung der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel und Flächen, ist es aktuell nicht zweckmäßig, größer angelegte Retentionsmaßnahmen im Planungsgebiet durchzuführen. Ungeachtet dessen soll aber das Ziel, im Gemeindegebiet Flächen zum vorbeugenden Hochwasserschutz zur Verfügung zu stellen, auch angesichts des Klimawandels keineswegs aus den Augen verloren werden. Aus diesem Grund wird bei der Planung und Ausführung der Freiflächenphotovoltaikanlage darauf geachtet, dass die Photovoltaikanlagen mit einer gegebenenfalls im Einvernehmen mit der Gemeinde später realisierten Retentionsmaßnahme vereinbar sind. Dies betrifft zum einen die Verankerung und höhenmäßigen Einordnung der Anlage wie auch das Belassen eines hinreichenden Abstands am nordöstlichen Rand des Geltungsbereichs.

Mit der geplanten niedermoorschonenden extensiven Grünlandnutzung unter den Aufstellflächen wird die Kernforderung des Donaumoosentwicklungskonzepts erfüllt. Der geplante Solarpark steht mit seinem Gesamtkonzept somit nicht im Widerspruch zum Donaumoosentwicklungskonzept. Der geplante Solarpark bietet vielmehr die Chance, im Donaumoosentwicklungskonzept formulierte Ziele in Abstimmung mit der Gemeinde und den betroffenen Grundstückseigentümern umzusetzen.

## **2 Vereinbarkeit mit Zielen der übergeordneten Planung**

Das Ziel, im Gemeindegebiet die Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbaren Energien auszubauen, steht grundsätzlich im Einklang mit den Zielen der übergeordneten Planung.

Wie bereits angemerkt, ist für den Ausbau der Windkraft im Gemeindegebiet angesichts der aufgrund der Lage zu den Flugplätzen Manching und Neuburg-Zell namentlich bzgl. der zulässigen Anlagenhöhen mit erheblichen Einschränkungen zu rechnen. Da für die Nutzung der Wasserkraft im Gemeindegebiet keine nennenswerten Potenziale bestehen und ein forcierter Ausbau der Energiegewinnung aus Biomasse nicht zuletzt wegen des hohen Flächenbedarfs durchaus auch nachteilige Auswirkungen auf die landschafts- und wirtschaftlichen Strukturen im ländlichen Raum haben kann, ist auf dem Weg zur Energiewende ein weiterer maßvoller Ausbau der Solarenergie im Gemeindegebiet unverändert sinnvoll und notwendig. Im Ortsgebiet Brunnen wurden bereits im beträchtlichen Umfang Dachflächen zur Installation von Solarthermie und PV-Anlagen genutzt. An manchen Stellen ist ein Ausbau zum Schutz des Ortsbildes nicht wünschenswert. Angesichts dessen kann ein maßvoller Zubau von Freiflächenphotovoltaik befürwortet werden, sofern das Orts- und Landschaftsbild dabei keine erheblichen Beeinträchtigungen erfährt. Dabei ist gemäß Grundsatzbeschluss der Gemeinde vom 16.12.2009 die zulässige Gesamtfläche, die für Freiflächenphotovoltaikanlagen genutzt werden darf, auf max. 2 % der Gemeindefläche nach Abzug der Wald- und bebauten Flächen beschränkt.

Konversions- oder anderweitig massiv vorbelastete Bereiche stehen im Gemeindegebiet nicht für eine PV-Nutzung zur Verfügung.

Der gewählte Standort liegt unmittelbar neben der Bahnlinie Ingolstadt – Augsburg/Hochzoll.

Laut Schreiben des Bayerischen Innenministeriums vom 14.01.2011 ist für im 110m-Korridor an Schienenwegen gelegene Standorte nicht von einem Verstoß gegen das Anbindungsgebot und nicht von Zersiedlung auszugehen. Dies wird dabei wie folgt begründet: „Mit dem Anbindungsgebot bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen soll unter anderem eine Zerschneidung von (weitgehend ungestörter) Landschaft vermieden werden. Dies ist bei der EEG-Variante „auto- oder eisenbahnahe Fläche“ dahingehend zu interpretieren, dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen in einem eng begrenzten Korridor von 110 m beidseits der Autobahn- oder Eisenbahntrasse angesichts der Vorbelastung der Flächen möglich sind. Die zweite Begründung des Anbindungsgebots, die besonders wirtschaftliche Nutzung von bestehender Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen (vgl. LEP-Begründung zu B VI.1.1), spielt bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen – anders etwa als bei Gewerbegebieten – in der Regel ohnehin keine Rolle.“ (IIB5-4112.79-037/09 vom 14.01.11)

Innerhalb des Gemeindegebiets verläuft ein rund 7 km langer Abschnitt der o.g. Bahnlinie. In weiten Teilen grenzen landschaftliche Vorbehaltsflächen oder andere Bereiche an, die aus natur- und artenschutzfachlichen Gründen (z.B. Ökoflächen südlich Haus im Moos) nicht für eine PV-Nutzung (besonders) geeignet sind. In den weniger empfindlichen Teilabschnitten wurden bzw. werden bereits PV-Anlagen realisiert bzw. projektiert. Für den hier betrachteten Standort kann nicht nur eine geringe Empfindlichkeit, sondern eine besondere Eignung für die geplante PV-Nutzung festgestellt werden: Die betroffenen Flächen sind im Regionalplan nicht als landschaftliches Vorbehaltsgebiet oder als regionaler Grünzug dargestellt. Aufgrund der Geländesituation und aufgrund der im Nordwesten vorgelagerten auf einem Damm geführten Bahnlinie und der im Westen und Süden bestehenden Gehölzkulisse ist der Standort von außen kaum einsehbar. Angesichts der nahezu ebenen Geländesituation lassen sich die geplanten Anlagen mit im Osten zusätzlich vorzusehenden Gehölzen wirksam in die Landschaft einbinden.

Der gewählte Standort ist für den beabsichtigten Beitrag zum Klimaschutz besonders geeignet. Hier kann nämlich nicht nur auf klimafreundliche Art Energie erzeugt werden, sondern auch die Freisetzung von CO<sub>2</sub> aus den Torfböden gebremst bzw. stoppt werden. Dieser doppelte Nutzen für das Klima, lässt sich gerade auf bislang intensiv genutzten, entwässerten Torfböden erzielen, wie sie im Geltungsbereich vorliegen. Die unter den Modulen geplante extensive, niedermoorschonende Grünlandwirtschaft entspricht der Zielsetzung des Donaumoosentwicklungskonzepts.

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung ist über geeignete Festsetzungen das Maß der baulichen Nutzung auf ein landschaftsgerechtes Maß zu beschränken, für eine landschaftsgerechte Eingrünung der Bauflächen und für einen Ausgleich unvermeidbarer Eingriffe zu sorgen.

Unter diesen Voraussetzungen, die durch die Festsetzungen des Bebauungsplans sichergestellt werden, ist davon auszugehen, dass die vorliegende Planung den Grundsätzen der nachhaltigen Siedlungsentwicklung entspricht und dass den Belangen von Natur und Landschaft im gebotenen Umfang bei der Planung Rechnung getragen wird.

## **E Inhalt der Änderung und Flächenbilanz**

Die für die Nutzung der Sonnenenergie benötigten Flächen werden im geänderten Flächennutzungsplan als sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO mit Zweckbestimmung „Photo-

voltaik“ dargestellt. Die Abgrenzung erfolgt gemäß der Flächenkulisse, welche nach derzeit geltendem EEG ohne Teilnahme an einer Ausschreibung förderfähig ist (110m-Korridor).

Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die erforderliche Einbindung der Bauflächen in die Landschaft zu schaffen, werden Grünflächen dargestellt..

Umfang und Art der erforderlichen landschaftspflegerischen Maßnahmen zur Minderung bzw. zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft sind im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung weiter zu konkretisieren.

Der Geltungsbereich der Änderung umfasst eine Gesamtfläche von 4,06 ha. Die als Sondergebiet dargestellten Flächen nehmen eine Grundfläche von 2,01 ha ein. Die Gesamtfläche der Grünflächen beläuft sich auf 0,72 ha. Eine Unterscheidung zwischen Grünflächen und Flächen zu Schutz, Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist Gegenstand der verbindlichen Bauleitplanung. In einer Größenordnung von 1,33 ha werden Teile des Geltungsbereichs weiterhin als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt.

Kategorie	Fläche [ha]	Anteil [%]
Sondergebiet „Photovoltaik“	2,01	49,5
Grünflächen	0,72	17,7
Fläche für die Landwirtschaft	1,33	32,8
Geltungsbereich Änderung, gesamt	4,06	100

## F Grünordnung, Ausgleich und Umweltprüfung

Die durch die Änderung vorbereitete partielle Nutzung des Geltungsbereichs für die Errichtung von baulichen Anlagen ist unvermeidbar mit einem Eingriff in Natur und Landschaft verbunden. Dieser Eingriff ist gemäß naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung soweit möglich zu mindern bzw. auszugleichen.

Für die Bestimmung von Umfang und Art der erforderlichen Kompensationsmaßnahmen ist der Leitfaden „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ zu berücksichtigen.

Gem. § 2 Abs. 4 BauGB muss für Änderungsbereiche des Flächennutzungsplans eine Umweltprüfung durchgeführt werden, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen der geplanten Änderung ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Die grundsätzliche Empfindlichkeit des Standorts kann dabei bereits auf der Ebene des Flächennutzungsplans erörtert werden. Details der Planung (wie etwa das Maß der baulichen Nutzung), die für die Eingriffserheblichkeit entscheidend sind, können aber erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung im erforderlichen Umfang gewürdigt werden. Mit Blick auf eine fundierte und differenzierte Bewertung der Umwelterheblichkeit wurde im vorliegenden Verfahren ein gemeinsamer Umweltbericht zur Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan erstellt. Weitere Details zur Eingriffserheblichkeit, zur Bestimmung des Kompensationsbedarfs und zur Art der Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung und zum Eingriffsausgleich sind im Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan zu finden.

## **G     Sonstiges**

Über diese Änderungen hinaus gilt weiterhin der wirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Brunnen.